

Nr. 2090/J

1991-12-04

## A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Haupt, Dolinschek, Meisinger, Rosenstingl  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen und Kosten  
der Arbeitslosigkeit

Anhand konkreter Fälle konnten die unterzeichneten Abgeordneten feststellen, daß viele Unternehmen hohe Investitionen tätigen, um durch mehr Maschinen Personal einsparen zu können. Der Energieaufwand der einzelnen Betriebe steigt durch die zusätzlichen Anlagen laufend; unqualifizierte Arbeitnehmer, die auf dem Arbeitsmarkt ohnedies wenig Chancen haben, werden freigesetzt. Sie können nur selten - vor allem im fortgeschrittenen Alter - wieder in das Berufsleben eingegliedert werden.

Angesichts zahlreicher Förderungsmöglichkeiten, die derartige Rationalisierungen für die Unternehmen verlockend machen, stellt sich die Frage nach den Folgekosten im sozialen Bereich (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, vorzeitige Pensionierung etc.).

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

### A n f r a g e :

1. Verfügt Ihr Ministerium über gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analysen der Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen vor allem in Hinblick auf die dadurch entstehenden Kosten im sozialen Bereich?

fpc107/204/anfragen/asfoerderung.hau

2. Wenn nein, werden Sie die Erstellung entsprechender Analysen veranlassen und damit zwei unabhängige Universitätsfakultäten in Österreich beauftragen?
3. Wenn ja, sind Sie bereit, den Abgeordneten des Nationalrates diese Papiere zur Verfügung zu stellen?
4. Halten Sie es angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit für wünschenswert, wegen der Kosten einer höheren Arbeitslosigkeit bei der Entscheidung über Förderungen für Rationalisierungsinvestitionen die Arbeitsmarktlage miteinzubeziehen?
5. Wenn ja, wie könnte Ihrer Ansicht nach ein Abhängigmachen der Förderungen von der Arbeitsmarktlage aussehen und führen Sie diesbezüglich Gespräche mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten?
6. Liegen in Ihrem Ministerium Untersuchungen darüber auf, ob durch eine jährlich steigende Energieabgabe, die eine laufende Herabsetzung, der von den Betrieben eingesetzten Energiemenge erzwingt, der zunehmenden Arbeitslosigkeit minderqualifizierter Menschen entgegengewirkt werden könnte; wenn ja, stellen Sie diese dem Nationalrat zur Verfügung?